

basis



ZEITUNG DES KLASSENKÄMPFERISCHEN BLOCKS

#01 • Winter • 1/2013

VERGESELLSCHAFTUNG STATT PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHE GÜTER ANEIGNEN

NEOLIBERALE AUSPLÜNDERUNG STOPPEN

Durch die neoliberale Privatisierungswelle sind seit etwa 20 Jahren immer mehr Bereiche der öffentlichen Güter und Dienstleistungen von kommunalen Betrieben an private Anbieter übertragen worden. Güter und Leistungen wie Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Wohnungen und Krankenhäuser wurden privaten Unternehmen überlassen. Deren Handeln richtet sich nach Renditekriterien aus, die ehemals öffentlichen Güter und Leistungen sind für sie ein lukratives Geschäft. Aber auch bei Unternehmen, die noch in staatlichem Eigentum sind, findet seit langem eine Ausrichtung nach den Maßstäben von Rationalisierung und Effizienzsteigerung statt, auf Kosten von Beschäftigten und NutzerInnen. Ein in Berlin seit Jahren akutes Thema, das die Folgen einer derartigen Politik besonders veranschaulicht, ist die Problematik der S-Bahn.

OUT OF SERVICE

Seit 2009 befindet sich die S-Bahn offen in der Krise. Die Ursache ist nicht allein bei der S-Bahn selbst zu suchen. Die Krise wurde vor allem durch die Politik des Mutterkonzerns Deutsche Bahn AG verursacht. Die Deutsche Bahn – die sich zu 100 Prozent in Bundeseigentum befindet – orientiert sich nicht an den Interessen der Allgemeinheit, sondern ist auf Profitmaximierung ausgerichtet. Jahrelang wurde das Unternehmen auf den Börsengang getrimmt. Die Deutsche Bahn maximierte die Gewinne im Inland auf Kosten von Qualität und Service. Genau das gleiche Rezept wurde auch bei der S-Bahn angewendet. Die Lösung für die Krise sieht



der Berliner Senat in der Ausschreibung von einem Drittel des gesamten S-Bahn-Betriebs. Es wurde ein Wettbewerbsverfahren eingeleitet. Neben der Deutschen Bahn bewerben sich britische, chinesische und französische Unternehmen. Durch diese Ausschreibung wird die Einheit der Infrastruktur der S-Bahn zerstört. Für die Beschäftigten kann es durch einen neuen privaten Betreiber zu Lohnkürzungen und dem Verlust von Tarif- und Sozialstandards kommen. Die MitarbeiterInnen der privaten Ostdeutschen Eisenbahn GmbH (ODEG) erhalten beispielsweise 30 Prozent weniger Gehalt als ihre KollegInnen bei der Deutschen Bahn. Mit einem privaten Anbieter wird weder die Qualität noch die Situation für die Beschäftigten besser.

ÖFFENTLICHE GÜTER ALS PROFITQUELLE

Ziel der in letzter Zeit vielfach kritisierten Privatisierungspolitik war es, den Konzernen profitable Anlagemöglichkeiten zu verschaffen, die staatlichen Aufgaben zu reduzieren und Kosten zu senken. Dass die Verschleuderung von Staatsvermögen und Verträge mit Konzernen über garantierte Gewinne, gerade nicht zu einer Reduzierung von Kosten führen kann, liegt auf der Hand. Bei vielen privatisierten Betrieben wurden Leistungen ausgedünnt und gleichzeitig die Preise erhöht. 1999 wurden vom SPD-CDU-Senat die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert und an den Energiekonzern RWE und den internationalen Wasserkonzern

Veolia verkauft. Die Wasserpreise sind in Berlin seit Jahren überhöht – die Gewinne für die Konzerne sprudeln. Mittlerweile hat der Senat die Anteile von RWE zurückgekauft. Die damals abgeschlossenen Privatisierungsverträge behalten jedoch ihre Gültigkeit – inklusive garantierter privater Gewinne für Veolia.

KEINE ALTERNATIVE ZUM SPARKURS?

Die Privatisierungspolitik wurde häufig als Ausweg dargestellt, um die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte zu sanieren. Der SPD-Linke-Senat hatte das größte landeseigene Wohnungsbauunternehmen GSW 2004 an die Finanzinvestoren Cerberus und Goldman Sachs verkauft,

um Löcher im Berliner Landeshaushalt zu stopfen. 2011 ist die GSW an die Börse gegangen und kann sich über steigende Erträge freuen. Die Folgen sind steigende Mieten und schlechterer Service. Mit dem Argument der leeren Kassen wird jede Kürzung sozialer Ausgaben und die Schließung von öffentlichen Einrichtungen begründet. Wieso die Mittel fehlen, wird nicht hinterfragt. Das Nettovermögen des deutschen Staates ist zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Die neoliberale Politik hat sich für die privaten VermögensbesitzerInnen ausgezahlt.

Das Problem liegt aber nicht nur in der Verteilung des Vermögens. Ursache für die soziale Ungleichheit – die weltweit immer mehr zunimmt – ist die kapitalistische Form des Wirtschaftens, die auf Privateigentum und Konkurrenz basiert. Statt Profitmaximierung brauchen wir eine demokratische Kontrolle, nicht nur bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern in allen Bereichen der Wirtschaft. Ziel des Wirtschaftens muss die Bedürfnisbefriedigung sein und nicht das Profitstreben. Solange der Konkurrenzkampf und der Profit alles bestimmen, werden die Lebensqualität und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen immer auf der Strecke bleiben. Um diese Situation zu verändern, bedarf es einer Basisbewegung der Beschäftigten und der NutzerInnen. Kämpfen wir gemeinsam für die Aneignung der öffentlichen Güter! Packen wir das Übel an der Wurzel: Kapitalismus überwinden! ■

SOLIDARITÄT MIT DEN CFM-BESCHÄFTIGTEN



2006 wurden Serviceleistungen wie Reinigung, Patiententransport, Wäscherei und Essensversorgung aus der dem Land Berlin eigenen Charité herausgelöst und an die Charité Facility Management GmbH ausgelagert. Dadurch haben sich die Arbeitsbedingungen der nicht-medizinischen Beschäftigten verschlechtert. Die CFM gehört zu 51 Prozent der Charité, zu 49 Prozent einem Konsortium aus den

Firmen Dussmann, Vamed und Hellmann Logistics. Bei der CFM sind sehr viele LeiharbeiterInnen beschäftigt. Auch der Arbeitsdruck ist enorm gestiegen. 2011 streikten CFM-Beschäftigte 13 Wochen lang für einen Tarifvertrag. Es konnten allerdings nur geringe Verbesserungen erkämpft werden. Durch den Streik ist aber ein kleines Netzwerk von KollegInnen entstanden, die sich regelmäßig

austauschen. Bis heute haben die 2600 Beschäftigten der CFM noch keinen Tarifvertrag erhalten. Es wurden zwar Verhandlungen aufgenommen, sie führten aber bisher zu keinem Ergebnis. Die Geschäftsleitung versucht zudem die Arbeit des Betriebsrates zu behindern. Sie hat Mitgliedern der Beschäftigtenvertretung mit dem Argument den Lohn gekürzt, der Umfang ihrer Betriebsratsstätigkeit sei nicht gerechtfertigt. Verdi fordert die Rekommunalisierung von CFM und ihre Wiedereingliederung in die Charité. Der Charité-Aufsichtsrat hat jedoch im Dezember 2012 entschieden, den Vertrag mit der CFM für die technischen und infrastrukturellen Dienstleistungen für sechs Jahre zu verlängern. Weitere Infos unter www.cfmsolikomitee.wordpress.com ■

FETTE STEAKS – MAGERE LÖHNE



Die Steakhaus-Kette Maredo hat in Frankfurt am Main im November 2011 fast die komplette Belegschaft einer Filiale entlassen. Teilweise waren die MitarbeiterInnen seit Jahrzehnten bei Maredo angestellt. Ihnen wird vorgeworfen Speisen und Getränke auf der Arbeit verzehrt und nicht abgerechnet zu haben. Dies ist jedoch nur ein Vorwand, um die MitarbeiterInnen loszuwerden und durch neue Beschäftigte

mit geringeren Löhnen zu ersetzen. Die gekündigten MitarbeiterInnen verdienen 9,50 Euro brutto die Stunde, die Neueingestellten nur 7,50 Euro. Die entlassene Belegschaft der Filiale ist gewerkschaftlich organisiert und kämpft seit einem Jahr gegen ihre Entlassung. Das Frankfurter Arbeitsgericht hat in erster Instanz gegen die Beschäftigten entschieden. Dass verdeckte ErmittlerInnen und versteckte Kameras ohne Zustimmung des Betriebsrats in der Maredo-Filiale im Einsatz waren, interessierte das Gericht nicht. Die angeblich begangenen Bagatelldelikte wurden als besonders schwere Pflichtverletzung eingestuft. Der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler geht aber davon aus, dass den Gekündigten in höheren Instanzen Recht gegeben wird. ■

GEGEN ZERSCHLAGUNG UND PRIVATISIERUNG

Interview mit Horst Stauber zu Privatisierung und den Protest der Beschäftigten bei der Berliner S-Bahn

Du bist ja bereits seit einigen Jahren S-Bahner, kämpferischer Gewerkschaftsaktivist und beim Aktionsausschuss 100 Prozent S-Bahn engagiert. Kannst du uns kurz die derzeitige Situation bei der Berliner S-Bahn skizzieren?

HORST: Als ein Unternehmen der Deutschen Bahn AG wird die Berliner S-Bahn seit Jahren für deren Privatisierung skrupellos optimiert. Rund 1000 Arbeitsplätze wurden bei der S-Bahn gestrichen, Unternehmensbereiche wurden ausgegliedert und die Arbeitsbedingungen wurden immer beschissener. Die Gewerkschaftsapparate sorgen für die Passivität der Mitglieder. So waren es auch BetriebsaktivistInnen, die die Entgleisung eines S-Bahn Zuges am 1. Mai 2009 öffentlich gemacht haben. Was daraufhin folgte, hat den katastrophalen Zustand der S-Bahn, jedoch nicht deren Ursache und die Situation für uns Beschäftigte, bis zum heutigen Tage in die Schlagzeilen gebracht. Die Medien helfen sogar dabei, das Scheitern der Bahnprivatisierung auszublenden. So skandalisieren sie immer nur die zahlreichen Auswirkungen der Privatisierungspolitik, aber nie deren eigentliche Ursache und die unerträgliche Situation für uns S-BahnerInnen. Die europaweite Ausschreibung wurde nun vom Senat in die Wege geleitet und es haben neben der S-Bahn Berlin GmbH als bisherigem Betreiber auch Unternehmen



aus Frankreich, China und dem Vereinigten Königreich Interesse bekundet. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg prüft derzeit die Bewerber.

Was kannst du uns zum aktuellen Kampf gegen die drohende Privatisierung der S-Bahn sagen?

HORST: Bereits 2011 hatten sich 400 S-BahnerInnen für einen aktiven Widerstand gegen die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn ausgesprochen. Der alle Gewerkschaften und Unternehmensbereiche der S-Bahn übergreifende »Aktionsausschuss 100 Prozent S-Bahn« hat daraufhin seine Arbeit aufge-

nommen. In einer Unterschriftensammlung fordern 1000 S-BahnerInnen – ein Drittel der Beschäftigten – ihren Betriebsrat auf, eine Betriebsversammlung aller S-BahnerInnen während ihrer Arbeitszeit herbeizuführen, wie es im Betriebsverfassungsgesetz geschrieben steht. Der Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel bis hin zum Streik, um die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn zu verhindern, wird gefordert. Um diese bisher von der Betriebsratsmehrheit und den Gewerkschaften nicht umgesetzten Forderungen der Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder zu erreichen, brauchen wir weitere Unterstützung. Diese erhalten wir bereits von GewerkschafterInnen aus der IG Metall, Verdi, GEW, aber auch aus Italien, Schweiz, Frankreich, Österreich, Großbritannien und selbst aus Japan.

Es besteht ein Austausch mit britischen KollegInnen der Deutschen Bahn Regio UK aus Newcastle. Auch zu ArbeiterInnen der japanischen Eisenbahngewerkschaft Doro-Chiba bestehen Kontakte. Was lässt sich aus den Kämpfen der KollegInnen dort für die S-Bahn-Belegschaft hier mitnehmen?

HORST: Unsere KollegInnen in Großbritannien, wie auch die in der Schweiz, ich denke da insbesondere an die der Officina Bellinzona, aber auch die KollegInnen der Doro-Chiba in Japan zeigen es uns auf.

Nur gemeinsam mit seinen KollegInnen kann man für seine Interessen kämpfen. Es kann daraus auch keine Niederlage folgen, denn allein schon dieser gemeinsame Kampf selbst ist ein Erfolg.

Welche Schritte plant ihr als Aktionsausschuss als nächstes? Wie können etwa solidarische KollegInnen anderer Brancheneuren Kampf unterstützen?

HORST: Über die Aktivitäten des Aktionsausschusses entscheiden immer nur die S-BahnerInnen. Er ist kein Gremium, sondern ein offener und übergreifender Zusammenschluss von uns S-BahnerInnen. Auf jeden Fall werden wir weiter für die Umsetzung der Forderung nach einer Betriebsversammlung aller S-BahnerInnen während ihrer Arbeitszeit kämpfen. Aus deren Ergebnis wird sich dann viel Neues ergeben, was ich heute und hier noch nicht voraussagen kann. Dafür brauchen wir jedoch schon heute eine breite und öffentliche Unterstützung. Mit der »Erklärung der Solidarität«, die leicht im Internet zu finden ist, kann man namentlich unseren Kampf unterstützen. ■

VERANSTALTUNG GEGEN DIE AUSSCHREIBUNG UND ZERSCHLAGUNG DER S-BAHN
Mittwoch den 6. Februar um 17 Uhr im DB-Casino »Mediterrano« im Obergeschoß der West-Halle vom Berliner Ostbahnhof

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN!

Linke Netzwerke in Betrieb und Gewerkschaft aufbauen

Seit mindestens 20 Jahren galoppiert der Neoliberalismus auch in der BRD durch und über die Gesellschaft hinweg. Privatisierung – auch in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge – befristete Arbeitsverhältnisse, unfreiwillige Teilzeitarbeit und ein expandierender Arbeitsmarkt im Niedriglohnssektor sind einige deutliche Charakteristika des Kapitalismus geworden. Das hat auch Auswirkungen auf die Bedingungen kollektiver Gegenwehr in den Betrieben, auf den gewerkschaftlichen Organisationsgrad, die Entwicklung tragfähiger kollegialer Vernetzungen und auf das allgemeine Klassenbewusstsein. Alle, die sich zum Ziel gesetzt haben, mit diesen elenden Verhältnissen der Abhängigkeit, der unsicheren Arbeits- und Lebensbedingungen und der Ausbeutung der Menschen durch Menschen zu brechen, können vor der Auseinandersetzung mit der zentralen Grundlage des Kapitalismus nicht ausweichen – dem Lohnarbeitsverhältnis, dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln und dem Fehlen realer demokratischer Entscheidungsgewalt der Betroffenen in der Arbeitswelt und den allumfassenden Bereichen der Reproduktion, wo zum Beispiel Fragen des finanzierbaren Wohnraumes, Bildung für alle, gesunde Ernährung, Gesundheitswesen und Mobilität zunehmend für breitere Teile der Gesellschaft zu realen Problemen geworden sind. Im Zusammenhang mit der »Finanzkrise«, die nichts anderes ist als eine Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nimmt eine zaghafte Kritik an den »Auswüchsen« dieser Verhältnisse zu. Dabei verbleiben die meisten Gewerkschaftsführungen mit ihrer Kritik an den Verhältnissen in einem systemimmanenten Rahmen: die



Ursachen und damit das System werden nicht in Frage gestellt.

Die DGB-Gewerkschaften als größte Organisationen der ArbeiterInnenklasse stehen seit Jahrzehnten in der Tradition einer Ideologie der Sozialpartnerschaft. Das bedeutet, dass die Ursachen von Arbeitsverschärfung, Stellen- und Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht angegangen werden: eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die »Soziale Marktwirtschaft« genannt wird, aber nichts anderes ist, als eine Gesellschaftsordnung, in welcher die Profimaximierung des Kapitals der Maßstab des politischen und

ökonomischen Handelns der Herrschenden ist und diesem Ziel alles andere untergeordnet. Wenn sich das ändern soll, müssen antikapitalistische Kräfte im Rahmen einer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit aktiv werden. Nur durch ein konsequentes, solidarisches Engagement auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene ist ein Kurswechsel möglich; dazu braucht es Netzwerke kritischer KollegInnen, die sich sowohl gegenüber einem Opportunismus als auch gegenüber dem Sektierertum abgrenzen. Diese Auseinandersetzung sollte überall dort, wo es möglich ist, auf betrieblicher Ebene und innerhalb gewerkschaftlicher Strukturen geführt werden.

Alle Jahre wieder stellen sich die KandidatInnen für die entsprechenden Gremien der betrieblichen Mitbestimmung zur Wahl. Dort, wo eine Gewerkschaft im Betrieb existiert, finden meistens Listenwahlen statt – auch wenn von gewerkschaftlicher Seite zunächst gern die Persönlichkeitswahl favorisiert wird.

Listenvahlen stehen dann an, wenn es zu den Wahlen konkurrierende Gruppen gibt, bedingt durch gewerkschaftliche Konkurrenzorganisationen oder durch sogenannte »unabhängige KandidatInnen« beziehungsweise Listen. Mitunter ist es auch Praxis, dass klassenkämpferische KollegInnen, die zum Beispiel in einer

DGB-Gewerkschaft organisiert sind, eine oppositionelle Liste zur Wahl aufstellen. Letzteres führt in den jeweiligen betrieblichen (Gewerkschafts-) Strukturen zwar gelegentlich zur Kritik des Mainstreams, aber je nach Opportunität greift eine DGB-Gewerkschaft im Betrieb selbst zu diesem Mittel, um dadurch letztendlich doch eine Mehrheit unter den Mitgliedern des Betriebs- beziehungsweise Personalrates zu erlangen. Sollten sich also kritische GewerkschafterInnen auf einer linken Plattform zu einer eigenständigen Kandidatur entschließen, sollte die Kritik seitens der Gewerkschaftsfunktionäre zunächst gelassen betrachtet werden. Entscheidend ist, dass die Interessenvertretung im Sinne der Belegschaft verläuft und nach Möglichkeit an dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft festgehalten wird.

Dort, wo es etablierte Mitbestimmungsorgane gibt, sieht es oftmals ganz anders hinsichtlich der Alltagskultur aus, als in Betrieben, in denen KollegInnen für betriebliche Mitbestimmungsorgane kämpfen müssen. Letztere haben es wesentlich schwerer und riskieren mehr, als manche freigestellte Personalräte im öffentlichen Dienst, die sich in ihrem Auftreten gegenüber den KollegInnen oft nicht mehr von den »Chefs« unterscheiden.

Kritische, antikapitalistische KollegInnen sollten sich anlässlich der Betriebs- und Personalratswahlen über ihren betrieblichen Rahmen hinaus dabei vernetzen. Die Vorbereitungen zu den Wahlen bieten eine gute Gelegenheit, bei allen betrieblichen Besonderheiten das Gemeinsame heraus zu stellen und durch die damit verbundenen Diskussionen die betrieblichen Grenzen zu überwinden. ■

WASSER IST EIN MENSCHENRECHT

Zugang zu Wasser weltweit ermöglichen – Konzernen den Profithahn zudrehen



Bei den letzten Personalversammlungen der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) bewarb der Fachbereich Ver- und Entsorgung der Gewerkschaft Verdi das europäische Bürgerbegehren »Wasser ist ein Menschenrecht« und konnte dadurch zahlreiche KollegInnen für das Thema »Trinkwasserversorgung und sanitäre Grundversorgung in der Europäischen Union« interessieren.

Diese Aktion im Betrieb war ein guter und wichtiger Schritt; mit ihr wurde die mögliche Verbindung von Betriebsarbeit und der Arbeit in sozialen Bewegungen konkret deutlich gemacht. Die Aktion fand an vier aufeinander folgenden Tagen statt und hatte eine gute Resonanz bei den Beschäftigten.

Was ist der Hintergrund? Allein in der EU haben etwa zwei Millionen Menschen in 27 Mitgliedstaaten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer sanitären Grundversorgung. Ein Motto des Bürgerbegehrens lautet: »Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware«. Dieses Thema bietet die Gelegenheit, grundsätzlich die Fragen der Daseinsvorsorge zu stellen und schrittweise offensiv auf der Arbeitsstelle anzugehen. Dort, wo es möglich ist, sollte dieser Versuch unternommen werden. Neben dem bereits genannten Ziel der Versorgung setzt sich die Kampagne dafür ein, dass die Liberalisierung der Trinkwasserwirtschaft gestoppt und rückgängig gemacht wird und allen Menschen – weltweit – Zugang zu diesem lebenswichtigen Gut ermöglicht wird.

Nahezu eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. In naher Zukunft werden es zwei Milliarden Menschen sein und diese dramatischen Verhältnisse werden zu weiteren Kriegen um das Wasser führen, es sei denn, es gelänge eine starke internationale Bewegung aufzubauen, die auf den immanenten Zusammenhang von kapitalistischer Profitwirtschaft und Umweltzerstörung hinweist und daraus eine schlagkräftige, radikale Opposition bildet. Es ist ein Gebot der internationalen Solidarität, sich dieses Themas anzunehmen und es nicht PredigerInnen einer »Grünen Ökonomie« zu überlassen, die an die Grundlagen der Naturausplünderung und Armut von Milliarden Menschen nicht wirklich heran wollen: das weltweite Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, welches solche Entwicklungen produziert, der Kapitalismus.

Verglichen mit den Zuständen im globalen Rahmen erscheinen die Verhältnisse in Berlin relativ marginal. Wasser ist genug vorhanden, sogar so viel, dass mittlerweile der Grundwasserspiegel in Berlin so stark gestiegen ist, dass ernsthafte Schädigungen für etwa 900 Gebäude bestehen. Seit 1990 ist der Wasserverbrauch bis heute um fast die Hälfte zurückgegangen. Das hängt vor allem mit dem Rückgang der industriellen Produktion in Berlin zusammen. Auch ein deutlich gesunkener Wasserverbrauch in Berlin führte zu erheblichen technologischen Maßnahmen um die Stadt »trocken« zu halten. Es arbeiten inzwischen neun statt wie sonst üblich drei Wasserwerke.

1999 fand in Berlin mit der Wasserprivatisierung die größte Teilprivatisierung innerhalb der EU statt. 49,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe wurden für 1,68 Milliarden Euro über eine Holding AG verkauft.

Profiteure waren die Konzerne RWE und Veolia. Die VerbraucherInnen merken das seit Jahren an ihren Abrechnungen. Die Wasserpreise in Berlin sind im internationalen Städtevergleich mit am höchsten.

In Berlin gab es zahlreiche Proteste und im Februar 2011 auch einen Volksentscheid vom Berliner Wassertisch zur Offenlegung der Geheimverträge. Der Senat hat mittlerweile zu einem überhöhten Kaufpreis die Anteile von RWE zurückgekauft. Die Teilprivatisierung ist damit aber nicht beendet, da Veolia weiter Anteile behält. Eine erfolgreiche Rekommunalisierung darf nicht den Herrschenden überlassen werden, sondern muss von breiten Teilen der Bevölkerung getragen werden. ■

FORUM BETRIEB, GEWERKSCHAFT UND SOZIALE BEWEGUNG

Wir bieten einen Treffpunkt für alle, die Widerstand leisten wollen gegen Lohnkürzungen und Sozialabbau! Für alle KollegInnen, Gewerkschaftsmitglieder, Nichtmitglieder, Prekäre, MigrantInnen, Erwerbslose und RentnerInnen, die Kritik haben. Kritik an den herrschenden Parteien und am System, das diese Zustände hervorbringt und an den Gewerkschaftsführungen, die zum Beispiel der Agenda 2010, den Hartz-Gesetzen und der kriegerischen Außenpolitik keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt haben.

Mit der Sicherung des »Standortes« wurde jede Verschlechterung begründet, die uns in den letzten Jahren zugemutet wurde. Diese Standortlogik wird von großen Teilen der Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen verfolgt.

Wir wollen uns einmischen, eine Plattform für den gesellschaftskritischen Widerstand in unserer Stadt werden, die Solidarität zwischen den kämpfenden KollegInnen organisieren, uns über die Betriebe hinaus vernetzen, internationalistisch zusammenarbeiten, informieren, diskutieren, schulen und uns und den Widerstand vorwärts bringen. Wir treten für eine demokratische und offene Streitkultur innerhalb der Gewerkschaften ein.

Wir treffen uns jeden letzten Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Mediengalerie, in der Dudenstraße 10, am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke.

Wer zu unseren Veranstaltungen eingeladen werden möchte oder Kontakt aufnehmen möchte, melde sich bitte unter: forumberlin@web.de. ■

TAXIFAHNERINNEN IN DER GEWERKSCHAFT

Organisierungsversuche in einem prekären Bereich

In Berlin gibt es zurzeit über 7200 Taxen. Das bedeutet, dass neben den mitunter selbst fahrenden EigentümerInnen weit über 10 000 angestellte FahrerInnen auf dem »Bock« sitzen und noch etliche weitere Tausend den Taxischein in der Schublade haben. Laut statistischem Bundesamt waren 2010 87 Prozent der TaxifahrerInnen im Niedriglohnbereich beschäftigt. Das bedeutet, dass sie weniger als 80 Prozent des Durchschnittseinkommens erhalten – also derzeit weniger als 10,36 Euro brutto. Dennoch – oder eher deshalb – ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad von TaxifahrerInnen gering.

In den 80er und 90er Jahren war Taxifahren ein beliebter Nebenjob für Studierende. Die Löhne wurden individuell ausgehandelt, nicht alles lief über die Bücher. Wem die Arbeitsbedingungen nicht mehr zusagten, der oder die konnte problemlos in eine andere Taxi-Bude wechseln. Das wussten auch die UnternehmerInnen, wodurch eine informelle Verhandlungsmacht entstand. Die persönliche Aushandlung statt Tarifverträgen – und oft auch statt schriftlicher Arbeitsverträge – gibt es noch immer, auch die undokumentierten Lohnzahlungen. Nur mit der Verhandlungsmacht sieht es mau aus: Im Rahmen von Hartz IV wurde Erwerbslosen nicht nur zum Taxifahren geraten, sondern es schossen Taxischulen wie Pilze aus dem Boden, die mit Geldern vom Jobcenter erheblich mehr verdienten als mit den Kursgebühren der TeilnehmerInnen.

Dauerhaft erwerbslos werden TaxifahrerInnen auch heute selten – aber bei jedem Jobwechsel werden die Bedingungen eher schlechter und können bestenfalls verteidigt werden. Die rechtliche Grauzone wird zur Entrechtung. Chefs können Mindestumsätze, Einsatzzeiten uns so weiter bestimmen, zahlen keinen Urlaub, wie überall im prekären Bereich. Also sollte es doch an der Zeit sein, von individuell und informell auf kollektiv und gesichert umzusteigen. Aller Anfang ist jedoch schwer. Wer will sich schon als erste/r im Betrieb als Gewerkschaftsmitglied zu erkennen geben, gar als »Funktionärsfreund« verschrien sein? Wer geht auch ohne unmittelbare Erfolgsaussichten gerne auf Treffen, verteilt in seiner Freizeit Flugzettel oder riskiert gar den Rauswurf?

In Berlin jedenfalls hat sich aus den wenigen TaxifahrerInnen, die aus unterschiedlichen Gründen Mitglieder der Gewerkschaft Verdi sind, ein fester Kreis von KollegInnen gebildet. Sie haben eine Tarifkommission gewählt und sind vor allem dabei, die KollegInnen an den Standplätzen über ihre Rechte aufzuklären. Dazu machten sie öffentliche Versammlungen, die auch für Nicht-Gewerkschaftsmitglieder zugänglich waren. Im Jahr 2011 war die Hauptaktivität eine Selbstbefragung über die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung im Berliner Taxigewerbe. In einer ersten Runde wurden Fragebögen an die Gewerkschaftsmitglieder verschickt, in einer

zweiten Runde die Fragebögen an wartende Taxen am Berliner Hauptbahnhof verteilt. Der Rücklauf war in beiden Fällen bescheiden – bei den Organisierten etwa zehn Prozent, bei den Unorganisierten etwa fünf Prozent. Dies, obwohl sich die meisten KollegInnen bei der Verteilaktion zustimmend zu der Initiative äußerten! Das Ergebnis ist dementsprechend nicht repräsentativ für das Taxigewerbe. Alle Befragten haben keinen festen Stundenlohn – nur eine Umsatzprovision, durch die das unternehmerische Ausfallrisiko auf die Beschäftigten abgewälzt wird. Dies ist im Taxigewerbe in der ganzen BRD üblich. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Tag beträgt – inklusive Wartezeiten am Halteplatz – 10,4 Stunden, pro Woche sogar 51,44 Stunden! Zumindest das Wochenresultat ist selbst als Durchschnittswert rechtswidrig, da laut Arbeitszeitgesetz die Maximalarbeitszeit von abhängig Beschäftigten 48 Stunden nicht überschreiten darf. Laut EU-Bestimmungen, die auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel dem ärztlichen Bereitschaftsdienst oder der Feuerwehr, für Auseinandersetzungen sorgten, sind auch Wartezeiten als Arbeitszeiten anzusehen. Nebentätigkeiten, wie Tanken, Auto waschen und zur Werkstatt fahren, werden als Arbeitszeit nicht gesondert bezahlt, sondern als Selbstverständlichkeiten erwartet.

Warum machen die KollegInnen das? Aus Angaben, die zur tatsächlichen Arbeitszeit und zum Bruttolohn gemacht wurden,

lässt sich errechnen, dass mehr als 70 Prozent der Befragten Bruttolöhne von unter sieben Euro die Stunde haben. Wer nicht mit Hartz IV aufstocken kann oder will, dem bleibt gar nichts anderes übrig, als die Arbeitszeiten bis hin zur absoluten physischen Grenze zu überziehen!

Es bleibt also in diesem Gewerbe, das trotzdem für viele KollegInnen einen hohen Identifikationsfaktor hat, viel zu tun, um auskömmliche Einkommen zu ermöglichen. Dies geht nur, wenn die Struktur desselben mit in Frage gestellt wird. Das perspektivisch unumgängliche Bohren »dicker Bretter« führt im Alltag jedoch leider eher zur Resignation, beziehungsweise einem Sich-Einrichten im vorgefundenen Schlechten als zu beharrlichem Engagement. Ermutigende Signale kommen dagegen derzeit aus Bremen. Dort haben sich 225 Mitglieder innerhalb von vier Monaten in einer unabhängigen IG Bremer TaxifahrerInnen organisiert, die mit Verdi kooperiert. Den BremerInnen ist das gelungen, da sie mit der dortigen monopolähnlichen Funkzentrale einen konkreten Gegner haben. Diese will Kurzpausen für Toilettengänge, Kaffee holen und so weiter am Taxistand mit Strafzeiten und Funksperrern belegen!

Wir BerlinerInnen haben beschlossen, die BremerInnen Anfang 2013 zu einem gemeinsamen Informations- und Aktionstag einzuladen. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, die Resignation vieler KollegInnen auch hier zu durchbrechen! ■



TERMINE

VERANSTALTUNG

Kampf gegen die privaten Gleispiraten

Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Ausschreibung der Berliner S-Bahn und dem Widerstand der Beschäftigten gegen Privatisierung und Zerschlagung.

Mittwoch, 06.02.2013, um 17 Uhr im DB-Casino »Mediterrano« im Obergeschoss der West-Halle vom Berliner Ostbahnhof

VERANSTALTUNG

Politische Streiks im Europa der Krise

Vorstellung der Publikation der Rosa Luxemburg Stiftung »Politische Streiks im Europa der Krise«. Das Buch beleuchtet die Zunahme politischer Streiks in Krisenzeiten.

Mittwoch, 06.02.2013, um 20 Uhr im Zielona Gora in der Grünbergerstraße 73 in Berlin-Friedrichshain

RÜCKBLLENDE

8. DEZEMBER 2013

WerftarbeiterInnen besetzen Schnellstraße

Rund 1000 Beschäftigte der Jiangsu Eastern Shipyard streikten am zweiten Dezember-Wochenende wegen seit fünf Monaten ausstehender Löhne. Sie besetzten dabei die an der Werft vorbei führende nationale Schnellstraße und die Brücke über den Yangtze.

5. DEZEMBER 2012

Proteste von TextilarbeiterInnen in Bangladesch

Tausende MitarbeiterInnen der Bekleidungsindustrie in Bangladesch protestieren gegen die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen in den Textilfabriken. Zentrum des Protestes war Ashulia, ein Industrievorort Dhakas mit nahezu 350 Betrieben. Dort war am 24. November ein verheerender Brand in der Textilfabrik Tazreen Fashion ausgebrochen, die auch westliche Firmen, darunter C&A und Walmart, beliefert. Beim Brand waren 111 ArbeiterInnen getötet worden.

14. NOVEMBER 2012

Europäischer Aktionstag gegen die Kürzungspolitik

Am 14. November 2012 sind Millionen Beschäftigte in mehreren europäischen Ländern in den Streik getreten oder haben sich an großen Demonstrationen beteiligt. Die Gewerkschaften in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Belgien hatten zu Streiks aufgerufen. In Portugal kam es zur größten landesweiten Arbeitsniederlegung in seiner Geschichte. Auch in Spanien waren weite Teile des öffentlichen Lebens lahmgelegt. Die Polizei ging in mehreren Städten brutal gegen Streikende vor. Die Vereinigung der Kämpfe auf europäischer Ebene ist von zentraler Bedeutung, um gegen die Angriffe des Kapitals und der Regierungen erfolgreich vorzugehen und sich nicht spalten zu lassen.

7. NOVEMBER 2012

Belgische ArbeiterInnen stürmen Kölner Ford-Werk

250 Beschäftigte, der von Schließung bedrohten belgischen Produktionsstätte von Ford in Genk, haben das Firmengelände des Ford-Werkes in Köln gestürmt und ihrem Unmut Luft gemacht. Sie wollten dem Europamanagement von Ford in Köln einen Besuch abstatten, wurden aber nicht rein gelassen. Daraufhin wurden Autoreifen verbrannt und Rauchbomben gezündet.

V.i.S.d.P.: M. Grünberg, Skalitzer Str. 43, 10997 Berlin

KEIN KRIEG GEGEN SYRIEN!

Deutsche Politik mal wieder auf Kriegskurs



Seit mehr als einem Jahr tobt in Syrien der Bürgerkrieg. Was 2011 als spontaner Aufstand gegen die repressive Diktatur unter Baschar al-Assad begann, hat sich bis heute zu einem schmutzigen, brutalen Krieg um die Macht von allen Seiten entwickelt. Das Land droht von religiösen, ethnischen und nationalistischen Kräften auseinander gerissen zu werden.

Die legitimen Interessen der syrischen Bevölkerung nach der Befreiung vom Assad-Regime, nach einem Leben in Würde, Freiheit, Frieden mit den Nachbarländern und Selbstbestimmung, werden zum Spielball westlicher Interessen. Gemeinsam mit den reaktionärsten Diktaturen der Golfregion – Saudi-Arabien und Katar – werden die rückständigsten Kräfte in diesem Bürgerkrieg von Europa, den USA und der Türkei militärisch und propagandistisch stark gemacht, während die fortschrittlichen Organisationen missachtet und an die Wand gedrückt werden.

Die von den Golfstaaten und der Türkei aufgerüsteten islamistischen Kräfte sind bereits ein dominierender Faktor in der aufständischen »Freien Syrischen Armee«. Ihr Ziel ist es, Syrien, das am stärksten säkularisierte Land Arabiens, zu einem islamischen Staat zu machen. Europa und die USA verfolgen eine Politik der Umgestaltung Syriens nach westlichem Modell. Sie betreiben eine schnelle Militarisierung der Auseinandersetzungen und versuchen politische Gremien aufzubauen, die nach dem Sturz Assads in der Lage sind, den ökonomischen und geostrategischen Interessen des Westens zu dienen.

Eine militärische Intervention der Nato ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Bun-

desrepublik hat seit Beginn des Aufstands große politische und geheimdienstliche Anstrengungen unternommen, um Einfluss auf die Entwicklung in Syrien zu nehmen, vor allem auf die Entwicklung nach dem Fall des jetzigen Regimes. Das Außenministerium hat eine »Task Force Syrien« gebildet, in der alle Aktivitäten koordiniert werden. Die regierungsnaher Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik hat gemeinsam mit dem US-Institut for Peace und einer Reihe von oppositionellen Syrern aus dem westlichen Exil das Projekt »The Day After« entwickelt. Das Projekt beinhaltet die politische und ökonomische Neuordnung Syriens, einschließlich einer neuen Verfassung. Die syrische Wirtschaft soll dem westlichen Kapitalismus weiter angepasst und günstige Bedingungen für private Unternehmen geschaffen werden. Ein Büro in Istanbul soll die konkreten Schritte der »The Day After-Konzeption« leiten. Istanbul ist die internationale Drehscheibe aller Aktivitäten zum Sturz des gegenwärtigen syrischen Regimes. Die Türkei dient der Nato als provokative Speerspitze. Sie stellt sich als mögliches Opfer eines Angriffs der syrischen Armee dar und fordert den Beistand der Nato. Diese gemeinsam ausgeklügelten Lügen dienen der Türkei zur Zerschlagung der sich selbstorganisierenden kurdischen Bevölkerung in den Städten an der Grenze zur Türkei. Der Westen und in vorderster Linie das deutsche Militär, unterstützt die Türkei durch die Installierung des Raketenabwehrsystems »Patriot« an der türkisch-syrischen Grenze, einschließlich der Entsendung von 400 SoldatInnen.

Unter dem Schirm der Patriot-Raketen will die Nato einen regionalen Raum schaffen in dem die oppositionelle Regierung

installiert werden und die »Freie Syrische Armee« der Rebellen agieren kann. Die fortschrittliche innere Opposition Syriens widersetzt sich der Kriegslogik und dem Ausverkauf ihres Landes an fremde Interessen.

Zu dieser Opposition gehören vor allem das Nationale Koordinierungskomitee für demokratischen Wandel (NCC) und die Mehrheit der syrischen KurdInnen. Das NCC ist ein Bündnis von zwölf fortschrittlichen Parteien und die zweitgrößte Organisation unter den Oppositionskräften. Das NCC kämpft für eine politische Lösung, welche die ursprünglichen Forderungen der Protestbewegung einlöst: Abschaffung der Diktatur, politische Freiheit, soziale Sicherheit und Selbstbestimmung. Sie sagt Nein zum Bürgerkrieg, Nein zur militärischen Intervention von außen, Nein zur religiösen und ethnischen Spaltung.

Die »Partei der demokratischen Einheit« (PYD) der syrischen KurdInnen ist ebenfalls Teil des NCC und wird massiv sowohl von der syrischen Armee, als auch von der Rebellenarmee und der Türkei angegriffen. Die traditionellen Gebiete der syrischen KurdInnen liegen nahe der türkischen Südgrenze, welche gleichzeitig die Schleuse für Waffen und jegliche Art internationaler Einmischung in den Bürgerkrieg ist. Die PYD versucht, ihre Region aus den militärischen Kämpfen herauszuhalten. Sie setzt auf Völkerverbrüderung und Selbstbestimmung. Diese Positionen der innersyrischen Opposition widersprechen sowohl den Bestrebungen der religiösen als auch der westlichen Kräfte. Sie werden komplett ignoriert, denunziert und ihre AktivistInnen verfolgt und ermordet. Ihnen gehört unsere Solidarität.

NEIN ZU SPAR-DIKTATEN UND NATIONALISMUS

Die von der Troika – EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationaler Währungsfonds – diktierten Sparprogramme zerstören die sozialen Sicherungssysteme in Griechenland und demontieren die parlamentarische Demokratie. Gewerkschaftliche Rechte wurden massiv eingeschränkt und die Massenarmut breitet sich aus. Das öffentliche Gesundheitssystem ist komplett zusammengebrochen. Die Suizidrate in Griechenland hat sich seit Anfang 2010 verdoppelt.

Der Widerstand in Griechenland und anderen europäischen Ländern ist nach wie vor groß. Am 14. November 2012 fand erstmals ein länderübergreifender Aktionstag gegen die europaweite Kürzungspolitik statt. Generalstreiks fanden in Portugal und Spanien statt, in Griechenland hatte es bereits eine Woche zuvor einen Generalstreik gegeben. Auch in Frankreich, Italien und Belgien kam es zu Arbeitskämpfen und Demonstrationen. In der BRD gab es jedoch nur wenige Proteste. Die Haltung der deutschen Gewerkschaften zeichnet sich auch in der Krise durch die Kooperation mit Regierung und Unternehmen aus. Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber hatte bei einem Auftritt beim Manager Forum die spanischen Gewerkschaften aufgefordert, sich nicht gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu stellen und niedrige Löhne in Kauf zu nehmen. Er ist damit ganz auf der Linie des Kapitals, das international die Löhne und Sozialleistungen drückt, um die Gewinne zu maximieren. Gegen die Standortkonkurrenz und den Nationalismus müssen wir den vereinten Widerstand der Lohnabhängigen über alle Grenzen hinweg organisieren. Es gibt eine Alternative zur kapitalistischen Profitwirtschaft, aber diese kann nur von der Basis und im solidarischen, internationalen Rahmen organisiert werden.

Spendenkonto für soziale Projekte und selbstverwaltete Betriebe in Griechenland, wie das Gesundheitszentrum der Solidarität in Saloniki oder das Arbeiterzentrum von Livadia: Manfred Klingele-Pape, Konto-Nr.: 1211 478 910, Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Verwendungszweck: Griechenland-Soli.



KLASSENKÄMPFERISCHER BLOCK

Wer wir sind und was wir wollen ...

Der Klassenkämpferische Block ist eine Initiative aus Berlin, die die Stärkung klassenkämpferischer und antikapitalistischer Positionen innerhalb der Betriebe und darüber hinaus zum Ziel hat. Angefangen mit Mobilisierungen zu klassenkämpferischen Blöcken auf den zentralen zwei Demonstrationen am 1. Mai, arbeitet unser Zusammenschluss in unterschiedlicher Konstellation seit 2009.

Wir – das sind vor allem KollegInnen aus den Bereichen Verkehr, Entsorgung, Han-

del, Erziehung, Dienstleistungen und anderen Branchen. Darüber hinaus sind wir überwiegend, aber nicht ausschließlich, Mitglieder von Gewerkschaften sowie oft in unseren Betrieben und in politischen Gruppen engagiert und organisiert.

Politisch eint uns dabei das Ziel der Abschaffung des Kapitalismus als derzeitige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Überall erleben wir tagtäglich die immer dreisteren Zumutungen kapitalistischer Profitlogik: miese Löhne, unsichere Jobs,

Entlassungen, Unternehmenswillkür und Druck der Chefetagen auf die Beschäftigten sind hier nur einige Stichworte. Dagegen setzen wir die solidarische Organisation und den Kampf der Klasse der Lohnabhängigen überall für ihre Rechte, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine sozialistische Perspektive! In Zeiten eines kaum vorhandenen Bewusstseins der eigenen Lage sowie vorherrschender Individualisierung und Passivität der Beschäftigten in vielen Bereichen ist dies sicherlich keine einfache Aufgabe.

Mit Kundgebungen, den organisierten Blöcken auf den 1.-Mai-Demonstrationen, inhaltlichen Veranstaltungen, Solidaritätsaktionen sowie mit dieser Zeitung versuchen wir dabei nach unseren Möglichkeiten aktuelle Kämpfe zu unterstützen, in Debatten zu intervenieren und den Klassenkampf von unten wieder auf die Agenda zu bringen.

Schluss mit dem Schmusekurs – Für Solidarität und Klassenkampf!

www.klassenkampfblock.blogspot.de